

WIDERSTAND

ins Kasseler Stadtparlament!

Deshalb am 26. März wählen gehen:



KASSELER LINKE.ASG

Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Stoppt Stellenabbau am Klinikum Kassel!

Die „Gesundheit Nordhessen Holding“, zu der das Klinikum Kassel gehört, schrieb 2005 schwarze Zahlen. Trotzdem plant die Geschäftsführung für 2006 Einsparungen von mindestens einer Million bei den Personalkosten.

von Choni Flöther

Dies wäre nur durch den Bruch bestehender tariflicher Übereinkünfte zu erreichen oder durch

die Streichung von etwa 100 Stellen. Kommt die von den kommunalen Arbeitgebern geplante Arbeitszeitverlängerung hinzu, könnten weitere 100 Stellen in Kassels größtem öffentlichen Betrieb wegfallen. Eine Reduzierung des Personals am Klinikum Kassel und anderen Krankenhäusern wäre für die Kasseler Bevölkerung katastrophal. Auch die Beschäftigten würden unter solchen Einschnitten zu leiden haben, da sich die Arbeitsverdichtung weiter erhöhen würde. ■

- ★ Kein Stellenabbau an Kassels Kliniken
- ★ Für die unbefristete Übernahme der Auszubildenden
- ★ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Für eine wohnortnahe und kostenlose Gesundheitsversorgung
- ★ Keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Rücknahme aller bisherigen Schritte in Richtung Privatisierung



Choni Flöther zu Hartz IV:

„Arbeit ist genug da! Das Problem ist nicht, dass es zu wenig Arbeit gibt. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze zu menschenwürdigen Bedingungen. Vor diesem Hintergrund ist die Stadt als Arbeitgeber gefragt. Wir fordern ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Ökologie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen, anstelle von 1-€ Jobs.“

Choni Flöther (31), Geographin und Kandidatin der Kasseler Linken.ASG, Listenplatz 11

1€-Jobs? Zwangsumzüge? Mit uns nicht!

Weg mit Hartz IV!

Auf Bundesebene wurde Hartz IV durchgesetzt, auf kommunaler Ebene wird es umgesetzt. Das hat drastische Verschlechterungen für die Betroffenen zur Folge. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit, Erwerbslose bei Androhung von Leistungskürzungen zu „1€-Jobs“ zu zwingen. Auch Zwangsumzüge in „angemessenen“ Wohnraum können verordnet werden.

von Viktor Frohmiller

Die Stadt Kassel setzt Hartz IV nahezu 1:1 um. In fast allen Bereichen gibt es 1€-Jobs. Hartz IV wird so auch als Brechstange benutzt, um Löhne zu senken und reguläre Arbeitsverhältnisse zu zerstören. Schließlich gibt es jemanden, der für 1€ zu der gleichen Arbeit gezwungen werden kann.

Hartz IV bekämpft nicht Arbeitslosigkeit, sondern stürzt etliche in die Armut. Damit muss Schluss sein! Eine sozialistische Kommunalpolitik bedeutet für uns:

1) Anstatt die Sachzwänge zu verwalten, muss der Umsetzung von Hartz IV auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Konkret hieße das, 1€-Jobs oder Zwangsumzüge zu verhindern.

2) Gleichzeitig muss ein Kampf für konkrete Verbesserungen geführt werden, z.B. durch die Einführung einer Sozialcard (ermäßigte Preise für öffentlichen Nahverkehr, Kulturangebote, etc.) und Zuzahlungen bei „besonderen“ Ausgaben (Kosten für Umzüge, Klassenfahrten, etc.)

Die Perspektive einer solchen Politik muss es sein, den Druck auf die Bundesregierung weiter zu steigern und Hartz IV zu kippen. ■



Nico Weinmann über unser Gesundheitssystem:

„Wir brauchen eine völlige Umkehr zugunsten einer solidarischen und kostenlosen Gesundheitsversorgung für alle. Geplante Verschlechterungen können dann verhindert werden, wenn sich die Beschäftigten und PatientInnen dagegen zur Wehr setzen. Das haben die Proteste der Klinikums-Beschäftigten in den 1990er Jahren gezeigt: damals wurde erreicht, dass das Klinikum Kassel bis heute in öffentlicher Hand ist und nicht privatisiert wurde.“

Nico Weinmann (21), Student und Kandidat der Kasseler Linken.ASG, Listenplatz 3

Ausbildungsplätze, Übernahme und Jugendclubs erkämpfen

Jugend braucht Zukunft

In Kassel sind mehr als 2.400 Jugendliche unter 25 Jahren erwerbslos. In Nordhessen fehlen 4.500 Ausbildungsplätze, die Ausbildungsquote der Stadt Kassel lag bei nur 7 Prozent. Die Antwort der Verantwortlichen im Rathaus ist die Schaffung von ein paar Ausbildungsplätzen zu Billiglöhnen. Sie werden finanziert durch nicht besetzte Stellen in der Stadtverwaltung.

von Philipp Vehreschild

Viele städtischen Betriebe die noch ausbilden, übernehmen die Azubis nach ihrer Ausbildung nicht. Im Klinikum Kassel steht der gesamte Ausbildungsjahrgang nach der Ausbildung auf der Straße, trotz der Tatsache, dass es mehr als genug Arbeit im Klinikum gäbe.

Fast allen Jugendprojekten in Kassel werden im Haushaltsplan für das Jahr 2006 Gelder gekürzt oder gestrichen. Jugendkultur wie Graffiti-Sprays wird nach wie vor kriminalisiert. An allen Ecken und Enden fehlen Angebote wie kostenlose Konzerträume, Hausaufgabenbetreuung, Anlaufstellen bei Problemen oder Sportmöglichkeiten. ■



- ★ Finanzierung von genügend kostenlosen Freizeiteinrichtungen unter Mitverwaltung der Jugendlichen statt Streichung der Mittel
- ★ Ausbau statt Abschaffung der legalen Graffitiflächen
- ★ Unbefristete Übernahme der Auszubildenden Kasseler Betriebe im erlernten Beruf
- ★ Erhöhung der Ausbildungsquote bei den Städtischen Betrieben auf 10% der Beschäftigten als ersten Schritt zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze



Katja Hoffmann über die Zukunft für Jugendliche:

„Wenn sich die Situation für Jugendliche in Kassel verbessern soll, müssen wir unsere Zukunft selber in die Hand nehmen. Gute Beispiele dafür sind die Streiks von je bis zu 2.000 SchülerInnen und Azubis gegen Sozialabbau und Ausbildungsnotstand im Oktober 2003 und Juli 2004 und der Kampf der Azubis im Klinikum für ihre Übernahme, die so schon einige Verbesserungen der Ausbildungssituation erkämpfen konnten.“

Katja Hoffmann (23) ist Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung am Klinikum Kassel* und Kandidatin der Kasseler Linken.ASG, Listenplatz 20

*Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person

Menschen statt Profite!

Im Januar hat die Stadt ihr Sicherungskonzept für den Haushalt 2006 vorgelegt. Beschäftigte, Jugendliche, Erwerbslose und RentnerInnen sollen für das große Haushaltsloch aufkommen. Gleichzeitig werden die kommunalen Betriebe genutzt, um den Haushalt zu sanieren. Das soll durch Privatisierung oder Stellenabbau geschehen. Was ist die Alternative zu einer Politik der „leeren Kassen“ und des Sozialabbaus?

von Nico Weinmann

Die Politiker von SPD, CDU, FDP und Grünen waschen ihre Hände in Unschuld. Immer wieder heißt es: „Wir würden ja gerne mehr Arbeitsplätze schaffen und Jugendprojekte erhalten, aber es ist kein Geld da!“ Das ist eine dreiste Lüge. Was als „Sachzwang“ präsentiert wird, sind in Wirklichkeit bewusste politische Entscheidungen.

Es fließen mindestens 18 Mio. Euro in den Bau vom Flughafen Kassel Calden. Das ist pure Geldverschwendung. Mit Erfurt, Hannover, Paderborn und Frankfurt liegen genügend Flughäfen um Kassel. Mehr Arbeitsplätze wird der Bau auch nicht schaffen. Mit dem Bau der Multifunktionsarena steht ein weiteres millionenschweres, fragwürdiges Prestigeobjekt an.

Umverteilung von oben nach unten

Es kann aber keine konsequente Kommunalpolitik im Interesse von Beschäftigten, Jugendlichen, Erwerbslosen und RentnerInnen gemacht werden, wenn nur innerhalb des Budgets Gelder umverteilt werden. Wenn die Instrumente, die den Kommunen zur Bewältigung ihrer Ausgaben zur Verfügung stehen ausgereizt sind, muss man zu anderen Mitteln greifen:

Die Stadt Kassel hat 410 Mio. Euro Schulden. Jährlich werden hohe Zinszahlungen an die Banken fällig, die sich an der Finanznot der Kommunen eine goldene Nase verdienen. Diese Zahlungen müssen eingestellt werden.

Der Bund muss gezwungen werden mehr Geld für die Kommunen zur Verfügung zu stellen. Das geht nur, wenn er das Geld bei denen holt, die es haben: bei den Banken, Konzernen und den Superreichen.

Widerstand organisieren

Die Banken und Konzerne werden das Geld natürlich nicht freiwillig hergeben. Deswegen kann linke Politik nur erfolgreich sein, wenn sie sich nicht auf das Parlament beschränkt. Unsere Forderungen können nur durch Massenmobilisierungen durchgesetzt werden. Erst wenn in ganz Kassel keine Mülltonne geleert würde, die Schulen leer wären und die Krankenhäuser nur mit Notdienst arbeiten würden, würde auch der Letzte merken, wer die eigentliche Macht in der Stadt hat.

Ran an die Profite

Es reicht nicht aus in Kassel alleine eine linke Politik durchzusetzen. Wenn z.B. die Gewerbesteuer in Kassel erhöht wird, hätten die Unternehmen noch immer die Möglichkeit in eine andere, billigere, Region zu ziehen. Deswegen muss dafür gekämpft werden, dass flächendeckend Politik für die Mehrheit der Bevölkerung gemacht wird. Eine neue linke Partei kann der Schlüssel dafür sein. Die gesamte Linke in Deutschland befindet sich derzeit in einem Neuformierungsprozess. WASG, Linkspartei und viele andere organisierte und unorganisierte Menschen diskutieren über eine neue linke Partei. Eine Umverteilung des Reichtums zugunsten der Masse der Bevölkerung geht auf Kosten der Profite der Unternehmen. Die SAV setzt sich dafür ein, dass so eine Partei den Konflikt mit den Managern und Konzernchefs führt.

Übel an der Wurzel packen

Die SAV setzt sich aber auch dafür ein, das Übel an der Wurzel zu packen. Was passiert, wenn ein Konzern wirklich abwandert? Die Entscheidung über das Schicksal der Menschen in einer ganzen Region, die Entscheidung über Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze darf nicht länger den Profitinteressen weniger unterworfen werden. Wir fordern die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Banken und der Konzerne durch die Mehrheit der Gesellschaft. Nur so kann nach den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach den Profitinteressen weniger gewirtschaftet werden. ■



Sebastian Dalfuß zur Situation bei VW:

„Im Volkswagen-Werk Baunatal sind fast 15.000 Leute beschäftigt. Damit ist es der größte Arbeitgeber der Region. In letzter Zeit kocht die Gerüchteküche über Umstrukturierungen und Teilverkäufe. Diese Pläne zeigen wieder einmal eindrucksvoll, dass im Kapitalismus nur maximale Profite und nicht die Bedürfnisse der Menschen zählen. Damit muss Schluss sein!“

Sebastian Dalfuß (21), Lagerarbeiter bei VW und Kandidat der Kasseler Linken.ASG, Listenplatz 27

Stell dir vor ...

- ... Bund und Länder würden den Anteil der Unternehmenssteuern wieder auf das Niveau von 1980 anheben und die daraus resultierenden Mehreinnahmen von 50 Milliarden Euro über den Finanzausgleich an die Kommunen verteilen
- ... die Kommunen würden aufhören, ihre öffentlichen Unternehmen zu verkaufen
- ... die Kommunen würden ihr Geld nicht im ruinösen Ansiedlungswettbewerb mit anderen Kommunen für überdimensionierte Gewerbegebiete und Prestigeobjekte verschleudern
- ... das 2006 auf 42 Mrd. Euro ansteigende Volkseinkommen kommt nicht wie geplant mit 40 Mrd. allein den Reichen und Vermögenden zugute, sondern würde in die öffentlichen Kassen fließen

Stell dir vor, was man mit all diesem Geld machen könnte ...

- ... kostenlose und hochwertige Kinderbetreuung, Hausaufgabenbetreuung, Theater, Museen, Nahverkehr, Urlaubsangebote für Jugendliche und Jugendzentren
- ... ein kostenloses Gesundheitssystem, bei dem nicht der eigene Kontostand über die Qualität der Versorgung entscheidet
- ... Renovierung von Schulen, Sanierung der Schwimmbäder, Ausbau des Radwegenetzes und Neubau von Spielplätzen

Und da du gerade dabei bist, stell dir eine Gesellschaft vor ...

- ... in der nicht diejenigen, die Arbeit haben, immer länger arbeiten müssen und andere gar keine Arbeit haben, sondern in der durch massive Arbeitszeitverkürzung z.B. auf 30 Stunden die vorhandene Arbeit auf alle verteilt wird
- ... in der nicht Deutsche Bank Chef Josef Ackermann soviel verdient wie 1.900 ALG II EmpfängerInnen
- ... in der nicht die Profitinteressen weniger entscheidend sind, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit

Wenn du dir genau wie wir solch eine Zukunft wünschst, dann bleibt eigentlich nur noch zu fragen, wie wir sie gemeinsam erreichen können.



Martin Gertenbach über Bildung:

„Wir brauchen auf kommunaler Ebene eine Politik, die alles daran setzt, die vorhandenen Ungleichheiten und Benachteiligungen im Bildungssystem abzubauen. Bildung ist ein Grundrecht für alle und darf nicht zu einer Ware oder zu einem Privileg für ökonomisch besser gestellte verkommen.“

Martin Gertenbach (35), Lehrer und Kandidat der Kasseler Linken.ASG, Listenplatz 21

Impressum Solidarität Sozialistische Zeitung

Überregionale Monatszeitung, vormals VOR-AN, erscheint seit 1973, seit April 2002 als „Solidarität – Sozialistische Zeitung“

Herausgeber: Sozialistische Alternative (VOR-AN) e.V.

Druck: Druckerei Riehm

Verantwortlicher Redakteur: Stephan Kimmerle, c/o SAV, Littenstr.106,10179 Berlin

Redaktionsgruppe: Leonie Blume, Philipp Vehreschild, Nico Weinmann

Gestaltung: Leonie Blume, Viktor Frohmler

Kontakt in Kassel: kassel@sav-online.de oder 0171 / 230 64 99

Auflage: 5.000

Veranstaltungen der SAV

Montag, 27.02. 19⁰⁰ Lateinamerika – Ein Kontinent entdeckt den Sozialismus
Referentin: Tanja Niemeyer, Internationales Büro des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI)

In den vergangenen Jahren haben in Lateinamerika immer wieder Massenproteste gegen Ausbeutung, Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung stattgefunden. Das hatte auch eine Linksverschiebung bei Wahlen zur Folge. Erst vor kurzem wurde mit Evo Morales ein Präsident in Bolivien mit sozialistischem Selbstverständnis gewählt. Wird Morales seine Versprechen einhalten? Wie stehen die Chancen für eine sozialistische Umgestaltung Lateinamerikas? Mit Filmvortrag

Montag, 6.03. 19⁰⁰ Linke Kommunalpolitik – Wie sieht sie konkret aus?
Referent: Claus Ludwig, Stadtrat aus Köln

Claus Ludwig (SAV Mitglied) ist Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der gemeinsamen Fraktion von Linkspartei und WASG in Köln. An konkreten Beispielen wird er über Erfahrungen der linken Kommunalpolitik in Köln berichten: Von der Unterstützung von Streiks, über die Verhinderung von Nazi-Aktivitäten bis hin zum Kampf gegen den „Kölner Klüngel“.

Montag, 13.03. 19⁰⁰ Liverpool 1983-87 – Eine Stadt wehrt sich!
Referent: Sascha Stanicic, Bundessprecher der SAV

Zwischen 1983 und 1987 regierte in Liverpool ein sozialistischer Stadtrat. Er stellte die Verhältnisse auf den Kopf: 50.000 Menschen streikten für die kommunale Regierung! Trotz leerer Kassen wurden 5.000 neue Wohnungen gebaut und 12.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Stadtrat handelte unter dem Motto: „Besser ein Gesetz brechen als das Rückgrat der Menschen“. Was sind die Lehren aus diesem Kampf.

Montag, 20.03. 19⁰⁰ Wer ist die SAV? – Programm und Praxis der Sozialistischen Alternative
Referentin: Choni Flöther, Kandidatin der Kasseler Linke.ASG bei den Kommunalwahlen

Die Veranstaltungen finden im Doppelraum des Schlachthofs Kassel (Mombachstr. 12) statt
✉ kassel@sav-online.de
☎ 0171 / 230 64 99

Mach mit bei der SAV – Sozialistische Alternative

- Ich möchte weitere Informationen über Euch
- Ich möchte die Solidarität - Sozialistische Zeitung abonnieren.
Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.
- Ich möchte ein Förderabo der Solidarität - Sozialistische Zeitung mit einer monatlichen Spende von ____ Euro (ab 3 Euro pro Mon.)
- Ich will Mitglied der SAV werden

Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

Name Straße

Postleitzahl Ort Telefon/Email

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 Euro/20 Euro oder meine regemäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberInn Kontonummer

Bank Bankleitzahl

Datum Unterschrift

Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative (SAV) organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Krieg und Angriffe auf Jugendliche und Erwerbslose.

In Kassel sind SAV-Mitglieder aktiv in Betrieben, Schulen oder der Uni. Der Kampf gegen die Privatisierung des Klinikums in Kassel oder die Übernahme der Klinikums-Azubis sind einige Beispiele hierfür. Wir haben in Kassel die Initiative zur Gründung von Aktionskomitees gegen den Irakkrieg ergriffen und einen Schülerstreik gegen den Irakkrieg mit mehr als 10.000 TeilnehmerInnen organisiert. Auch zwei weitere Jugendstreiks gegen Ausbildungsnotstand und Sozialabbau wurden auf unsere Initiative durchgeführt.

Wir sind aktiv in der 2005 gegründeten WASG. Sie bietet die Chance, wieder eine Massenpartei aufzubauen, die sich konsequent für die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen einsetzt. Wir setzen uns für eine kämpferische Ausrichtung, einen demokratischen Aufbau und ein sozialistisches Programm der WASG ein.

Wir treten für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Erwerbslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Unsere Alternative zu Armut, Ausbeutung und Unterdrückung heißt Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Werde mit uns aktiv, komm auf unsere Treffen, unterstütze uns in unseren Kampagnen in Betrieben, Schulen oder während des Wahlkampfes. Werde Mitglied bei der SAV!